

«Vorreiter auf eigene Kosten»

## Gemeinschaft der Freien Schulen lädt Stadträte zum Brunch ein

Emilia, Jahrgang 2005, soll eine Freie Schule besuchen. Soviel steht für Mutter Christiane Alberternst jetzt schon fest. Aber nein, nein! Die FDP-Stadträtin wehrt vehement mit den Händen ab. Nein, reich ist ihre Familie deshalb nicht. «Wir fahren nur einen Kleinwagen und oft mit dem Rad», sagt sie. Und das dadurch Ersparte wird in die Bildung der Tochter investiert.

Noch immer kämpfen die sieben Freien Schulen in Nürnberg mit dem Klischee, eine Alternative für Betuchte zu sein, deren Nachwuchs anderswo nicht zurechtkommt. Deshalb haben sich 2008 sechs Freie Schulen zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen. Um gemeinsam für Bildungsvielfalt und gegen Vorurteile anzutreten. Um für eine höhere staatliche Bezuschussung zu kämpfen. Und für die gleichberechtigte Behandlung freier und öffentlicher Schulen. Am Samstag lud die Gemeinschaft Nürnbergs Stadträte zum Brunch in die Adolf-Reichwein-Schule ein.

«Alle Eltern sollten die Wahl haben, sich für ein pädagogisches Konzept zu entscheiden, unabhängig davon, ob sie es sich leisten können.» Mit diesen Worten begrüßte Alexandra Soyk, Mutter und Mitglied des Elternbeirats der Adolf-Reichwein-Schule, die Gäste. Bislang herrschen ungleiche Wettbewerbsbedingungen: Im Gegensatz zur 100-prozentigen öffentlichen Finanzierung der Regelschulen können Freie Schulen lediglich 54,5 Prozent ihres laufenden Haushalts mit staatlichen und städtischen Zuschüssen abdecken. Den Rest – vor allem Sach- und Verwaltungskosten – müssen Eltern und Spender allein tragen.

### **4000 Kinder und Jugendliche besuchen eine Freie Schule**

Dabei, rechnet die Gemeinschaft vor, spart sich der Staat Investitionen im Bildungsbereich: 14 Prozent der Nürnberger Schüler werden an Freien Schulen unterrichtet. Das macht rund 4000 Kinder und Jugendliche. Und die Nachfrage steigt.

Der Grund: Aufgrund des straffen Lehrplans bleibt in Regelschulen oft kein Platz für mehr als die pure Wissensvermittlung. Das ist vielen Eltern aber zu wenig. Sie treffen ihre Entscheidung nicht aufgrund der Dicke ihres Geldbeutels – sondern aus pädagogischer Überzeugung. «Ich bin bereit, einen Großteil meines Verdienstes in die Bildung meines Kindes zu investieren», sagt Gisbert von Eyb. Dazu gehört für ihn verstärkt auch die Persönlichkeitsbildung.

«Der Staat muss dem Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen», fordert Hansjörg Hofrichter, Geschäftsführer der Waldorf-Stiftung. Damit die Freien Schulen tatsächlich für alle Einkommensgruppen offen stehen. Dabei werden schon jetzt sozial Schwächere nicht abgewiesen, sondern von der Schulgemeinschaft getragen: 20 Prozent der Eltern sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen, etwa über gestaffelte Beitragssätze je nach Einkommensgrenze oder über Elternpatenschaften. «Wir wollen keine Eliteschule sein», betont Susanne Hermanns, deren zwei Kinder eine Freie Schule besuchen.

«Wer vom staatlichen System abweicht, wird finanziell bestraft», kritisiert Hofrichter. Dabei profitieren Regelschulen von der pädagogischen Kreativität der Freien. SPD-Fraktionschef Gebhard Schönfelder sprach gar von «Reform-Schulträgern», die als «Innovations- und Motivationsquelle» dienen. Die Kosten für diese Vorreiterrolle, die müssten sie allerdings selbst tragen, schimpft Heribert Miethaner, Geschäftsführer des Montessori Förderkreises.

Selbst das lange Zeit starr auf die staatliche Bildung fixierte Denken der CSU hat sich gelockert: «In unserer Fraktion haben die Freien Schulen viele Fürsprecher», betont Stadtrat Marcus König. Er plädiert für faire Wettbewerbsbedingungen. Wenn etwa eine neue Schule geplant sei, warum die dann nicht unter freie Trägerschaft stellen – mit staatlicher Unterstützung? Christiane Alberternst schlussfolgert: Es sei nun an der Politik, die Voraussetzung für diese Gleichberechtigung zu schaffen.

*Kathrin Walther  
Nürnberger Zeitung*